Nr. 487 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 106

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
B erteljährl. 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unser Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 1. Oktober 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Vergewaltigung Groß-Berlins.

Arbeiter! Parteigenossen!

Am heutigen Tage ist die Stadtgemeinde Groß-Berlin ins Leben getreten. Endlich soll die kommunalpolitische Zerklüftung ihr Ende erreicht haben. Aber schon in seiner Geburtsstunde ist das neue Gemeinwesen von schweren Erschütterungen bedroht.

Die Stadtverordnetenwahlen für Groß-Berlin haben eine erhebliche Mehrheit der Stimmen und Mandate für die Sozialdemokratische Partei und die unabhängige Sozialdemokratie ergeben. Im Bewußtsein der großen Verantwortung, die dieses Vertrauensvotum der Wähler ihnen auferlegt, haben beide Parteien sich zu gemeinsamer Arbeit in der Berliner Stadtverwaltung zusammengefunden. Es soll versucht werden, der bisherigen bürgerlich-reaktionären eine

sozialistische Kommunalpolitik

entgegenzusetzen.

Wenn die Stadtverordnetenfraktionen der beiden Parteien, entsprechend ihrer klaren Mehrheit daran gegangen sind, auch den Magistrat mit Männern zu besetzen, die ein von gleichen Grundsätzen getragenes Zusammenarbeiten ermöglichen, so handelten sie damit lediglich im Sinne der demokratischen Grundsätze.

Die bürgerliche Reaktion in der Preußischen Landesversammlung hat dieses Bestreben, Berlin nach dem Willen der großen Mehrheit seiner Bevölkerung zu verwalten, damit beantwortet, daß sie durch Aenderung des Groß-Berliner Gesetzes den Einfluß der Arbeiterschaft einzuschränken versuchen. Dieses Vorgehen bedeutet

eine freche Provokation

nicht nur der Berliner, sondern der deutschen Arbeiterschaft überhaupt und zeigt, daß auch die sogenannten demokratischen Parteien (Deutschdemokratische Partei und Zentrum) die Demokratie nur so lange im Munde führen, als sie ihnen nützt. So ist das bürgerliche Vorgehen gegen Groß-Berlin ein flammender Warnungsruf an die deutsche Arbeiterschaft.

Diesen Kampf gegen die preußische Reaktion können wir aber nicht führen, wie manche Phantasten und kurzsichtigen Politiker der Berliner Arbeiterschaft jetzt klarzumachen versuchen, durch Generalstreiks einzelner Arbeitergruppen, durch die Wahl politischer Arbeiterräte oder ähnliche Experimente, sondern lediglich dadurch, daß wir

auf dem Boden der Demokratie verharrend

dafür sorgen, daß die nächste Wahl zum preußischen Landtag die jetzige bürgerliche in eine sozialistische Mehrheit verwandelt.

Die jetzige Situation zeigt aber auch, welche politische Verantwortung auf den Arbeitern in der unabhängigen Sozialdemokratie lastet. Das freche Vorgehen des Bürgertums ist nur möglich, weil die Unabhängigen bisher im Reich und in Preußen nicht bereit waren, dieselbe Plattform zu gemeinsamer politischer Arbeit zu schaffen, die in Berlin jetzt geschaffen ist. An ihnen wird es liegen, jetzt die Bereitwilligkeit zu zeigen, gemeinsam mit uns auch in Preußen die politische Macht dem Bürgertum zu entreißen und getragen vom Willen der Volksmehrheit selbst die politische Herrschaft zu übernehmen.

Arbeiter! Parteigenossen! Nur wenige Monate trennen uns noch von den preußischen Landtagswahlen. Die Berliner Arbeiterschaft muß zeigen, daß sie den Kampf gegen ihre Feinde zu einer Zeit und mit solchen Waffen führt, wie sie es für richtig hält.

Der Wahltag in Preußen

muß die Antwort auf die bürgerliche Feindschaft gegen das sozialistische Berlin bringen. Der unermüdlichen Arbeit für dieses Ziel muß unsere ganze Kraft gelten.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S. P. D.

Das Landtagswahlgesetz.

Der Entwurf des preußischen Wahlgesetzes ist vom Staatsministerium mit einer einzigen Aenderung angenommen worden. Da nämlich die Zuständigkeit des Landtages zugunsten des Reiches stark eingeschränkt ist und um Ersparnisse zu erzielen, wurde beschlossen, nicht auf 44 000, sondern auf je 50000 Stimmen ein Mandat entfallen zu lassen. Wenn die Wahlbeteiligung ebenso stark wäre wie bei den Reichstagswahlen, dann würde hiernach der Landtag aus etwa 360 Abgeordneten bestehen. Es sollen 74 kleine Wahlkreise und 19 Verbandswahlkreise geschaffen werden.

Das Problem der Weltwirtschaft.

In der Donnerstagsitzung der Brüsseler Konferenz erstatteten zunächst die armenischen und die ungarischen Delegierten ihren mündlichen Bericht. Darauf ergriff der belgische Handelsminister de Wouters d'Oplinter das Wort zu seinem Vortrag über das Internationale Handelsproblem. Er führte aus:

Infolge des Krieges werde der Handel neue Wege gehen müssen, denn die Industriestaaten hätten ihre Produktion ausgiebig in den Dienst des Krieges gestellt, während die Exportindustrie zurückgegangen sei. Hierzu komme der Verlust an Schiffsraum, der Rückgang der Zahl der geschulten Handarbeiter, der eine Verminderung der Gütererzeugung bewirkt habe. Der Ausfall in der Belieferung von Fertigwaren habe bewirkt, daß neue Industrien sich organisierten, und zwar sowohl in Europa als auch in Südamerika, Südafrika und Japan.

Diese Tatsache habe auch die industrielle Entfaltung der Vereinigten Staaten zur Folge gehabt. Der dort zu beobachtende industrielle Aufschwung sei noch verstärkt durch die reichen Hilfsquellen und Bodenschätze des Landes. Rein äußerlich komme diese hohe Leistungsfähigkeit in der amerikanischen Handelsbilanz 1919/20 zum Ausdruck. Der amerikanische Export habe sich auf 4806 Millionen Dollar belaufen gegen 2900 Millionen Dollar 1914. Andererseits habe sich für die gleiche Zeit die amerikanische Einfuhr von 2200 Millionen Dollar auf 1200 Millionen Dollar vermindert.

Ein ähnliches Bild wirtschaftlicher Kräftigung bietet [illegible] Japan besitze kostbare Kräfte für eine industrielle Expansion. Mit seiner leicht anpassungsfähigen Technik und mit der Einfuhr von Maschinen aus Amerika habe dieses Land das Rüstzeug für seine industrielle Leistungsfähigkeit erheblich verstärkt. Die Arbeiterschaft sei vollzählig vorhanden und geschult, die Löhne seien niedrig und die Leistungsfähigkeit der ganzen Bevölkerung hoch. Dank dem günstigen Wechselkurse könne Japan sich von Asien und selbst von Europa alle notwendigen Rohstoffe heranholen und verfüge zudem noch über eine eigene große Flotte. Aus diesen wenigen Daten sei ersichtlich, daß Japan hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Potenz Amerika nicht sonderlich nachstehen werde. Auch China bietet in seinem Außenhandel ein günstiges Bild. Sein Export sei auf Grund einer Intensivierung seiner nationalen Industrie gestiegen. Der belgische Handelsminister wies insbesondere auf die reichen Kohlenschätze Chinas hin, die in der Welt noch einmal eine große Rolle spielen werden. Diesen Erdteilen stellte d'Oplinter

die Wirtschaft Europas

gegenüber. Ost- und Mitteleuropa sei aus der Produktion herausgekommen. Insbesondere fehlten die russischen Lieferungen von Getreide, Leinwand, Platin usw. Es ist ungemein bemerkenswert, daß der belgische Handelsminister von dem Wiedereintritt Rußlands in die Weltwirtschaft eine Regelung der Not erwartet. Vorläufig seien in ganz Europa und nicht nur in den kriegführenden Staaten Rohstoffe und andere wichtige Erzeugnisse kontrolliert. Ueberall sei Not an Rohstoffen und Fertigfabrikaten, aber die hohen Preise, das Sinken des Wechselkurses, die Schwierigkeiten des Transportes und die Unsicherheit erschwerten den Handel. Hierzu komme, daß **kapitalistische Machenschaften** die geordneten Handelsbeziehungen stören; vor allem jedoch seien es die hohen Wechselkurse, die die Länder voneinander stärker trennten als die höchsten Zollschranken. So sei im Gesamtbild die alte Welt nicht in der Lage oder nur unter großen Verlusten fähig, die Wirtschaft zu halten, während die neue Welt nur schwer einen Ueberschuß ihrer Erzeugung im Auslande abliefern könne.

Daraus folge die Notwendigkeit, hier zu einem Ausgleich zu kommen. Den Weg zu diesem Ausgleich sieht der belgische Handelsminister in einem Abbau aller Beschränkungen. Von den einzelnen Teilen des Handels geht der Minister dann zu den allgemeinen großen Gesichtspunkten über und erklärt, daß der Krieg alle Gegner gelehrt habe, wie absolut notwendig ein Zusammenarbeiten der Völker sei. Aeußere Verschiedenheit der Hilfsquellen in Grund und Boden, der Bergwerke, der Verteilung der Produkte, die Erschließung der jeweiligen Produktionsmöglichkeiten und des Verbrauchs erweisen deutlich die Notwendigkeit gegenseitiger Hilfe der Völker. In diesem Sinne hoffe er, daß diese Konferenz ein nützliches Ergebnis zeitigen werde.

Die Ausführungen des Vizepräsidenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Paris, 1. Oktober. Havas meldet aus Brüssel, es sei möglich, daß die Konferenz noch wenigstens sieben Tage brauchen werde, um ihre Arbeiten zu vollenden. Noch zwei wichtige Probleme seien zu prüfen: Die Frage des internationalen Handels und des internationalen Kredits. Die Arbeiten der Kommissionen würden nicht vor Anfang kommender Woche beendet sein. Dann werde die Konferenz sich in öffentlicher Sitzung über die Resolutionen auszusprechen haben, die vorgelegt würden.

Streikaufschub in England.

London, 1. Oktober. Man glaubt, daß die Bergleute den Ausstand noch einmal auf eine Woche verschieben werden, um eine nochmalige Zusammenkunft mit den Bergwerksbesitzern zu ermöglichen.

Rheinländische Zeiten. Nach einer Mitteilung des „Figaro" hat es der Botschafterrat in seiner letzten Sitzung abgelehnt, in den besetzten Rheinlanden die mitteleuropäische Zeit wieder einzuführen.

Der Karlsbader Parteitag.

Der Zerfall Oesterreichs hat auch die deutschösterreichische Sozialdemokratie zerrissen. Im September 1919 konstituierte sich in Teplitz die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei. Vom 3. bis 6. Oktober hält sie in Karlsbad ihren zweiten Parteitag ab und seine Verhandlungen verdienen auch bei uns, den Volksgenossen und Nachbarn des deutschen Proletariats der Sudetenländer, ernste Beachtung.

Der Parteitag fällt zusammen mit der Spaltung in der tschechischen Arbeiterbewegung. Dort hatte die Wahl der Parteitagsdelegierten der Linken eine starke Mehrheit gebracht; erst nachdem diese Wahlen vollzogen waren, machte sich in den leitenden Kreisen der tschechischen Linken eine entschiedene Tendenz zum Anschluß an die Moskauer Internationale, zur Unterordnung unter Moskauer Gebot bemerkbar. Die tschechische Parteileitung ist einer Hinüberleitung der Partei in das Moskauer Fahrwasser zuvorgekommen, indem sie den Parteitag verschob und von seinen Teilnehmern ein ausdrückliches Bekenntnis zu sozialdemokratischen Grundsätzen forderte. Der Hauptgegenstand des inneren Parteikampfes, die Teilnahme der Partei an der Regierung, ist inzwischen beseitigt worden — allein die Linke hat ihren Parteitag abgehalten und ihn, unter oft betonter Ablehnung aller Spaltungstendenzen, als den rechtmäßigen und allein gültigen Parteitag erklärt. In Prag hat die Linke das Zentralorgan der Partei in ihre Gewalt gebracht; das Gericht hat zwar die Führung des alten Namens untersagt, allein das „Pravo Lidu" muß in einer anderen Druckerei hergestellt werden. Die Parteileitung hat übrigens ein Angebot tschechischer Legionäre, sie wieder in den Besitz des Unternehmens zu setzen, abgelehnt.

Auch vor der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei steht die Gefahr der Spaltung; auch da hat sich eine Linke organisiert. Ihr Mittelpunkt liegt in Reichenberg, obgleich der leitende Redakteur des dortigen „Vorwärts" noch auf dem Teplitzer Parteitage als Referent über das Parteiprogramm in entschiedenster Weise gegen eine Festlegung auf Rätesystem und Diktatur gesprochen hat. Inzwischen hat sich die Reichenberger Linke vollkommen zum Kommunismus und zu Moskau bekannt. Vor einigen Wochen hielt sie eine große Konferenz ab, auf der auch andere Gebiete des Landes vertreten waren, und man hat neben einem entsprechenden Aktionsprogramm auch den Antrag angenommen, falls der Parteitag sich dieses Aktionsprogramm nicht zu eigen machen sollte, direkt mit Moskau in Verbindung zu treten. Allerdings hat das Aussiger Parteiblatt bereits erklärt, daß sich die Aussiger diesen letzteren Beschluß nicht zu eigen machen. Die ganze Parteipresse, die in erfreulichstem Gegensatz zu dem Zustand noch vor wenigen Jahren fast ausschließlich aus Tageblättern besteht, widerhallt von den heftigsten Auseinandersetzungen. Reichenberg hat sich so festgelegt, daß es kaum noch zurück kann. Auf der anderen Seite jedoch ist gerade in der deutschen Arbeiterschaft der Sudetenländer, die das deutsche Beispiel vor Augen und zum großen Teil das Erbe Viktor Adlers im Herzen hat, die Abneigung gegen eine Parteispaltung doch wohl noch von überragender Stärke.

Wenn auch in den kommunistischen Blättern die alten Führer der Partei wie die Genossen Seliger, Schäfer, Kiesewetter, Hillebrand gewohnheitsmäßig schon als „Rechtssozialisten" bezeichnet werden, so kann man sie doch beim besten Willen nicht auf eine Linie mit den verlesterten „Scheidemännern" stellen. Die Ausschaltung des österreichischen Parlaments im Kriege hat die Partei davor bewahrt, zu Kriegskrediten und Friedensschlüssen Stellung nehmen zu müssen. Die Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei als einer Minderheitsnation, die gegen ihren Willen in diesen Staat einbezogen worden ist, hat es der Partei auch leicht gemacht, sich von der parlamentarischen Regierung fernzuhalten, nachdem übrigens alle grundlegenden Gesetze seit dem Umsturz von einer nicht gewählten Vereinigung tschechischer Politiker gemacht worden waren. Blut ist zwar auch in Deutschböhmen geflossen, aber vergossen wurde es nicht im Bruderkrieg proletarischer Parteien, sondern im Kampfe der Deutschen um ihr Selbstbestimmungsrecht.

Auf dem Teplitzer Parteitag, der noch in voller Einmütigkeit verlief, hat Seliger es durchaus vermieden, die Partei grundsätzlich auf die Demokratie und gegen die Diktatur festzulegen; es wurde nur erklärt, daß die Kampfmittel der jeweiligen Lage angepaßt werden müssen. Bei der ganzen Lage in der Tschechoslowakei ist nicht zu erkennen, daß die Partei so bald genötigt werden könnte, aus ihrer Reserve gegenüber dem Staate hervorzutreten. Es ist also auch kein innerer treibender Grund für den plötzlich erwachten Moskauer Fanatismus der Linken zu finden.

Die Tatsache der aufgezwungenen Zugehörigkeit zu dem neuen Oesterreich, das die Tschechoslowakei in Wirklichkeit ist, der schwer empfundene Druck der tschechischen Vorherrschaft auf dem Gebiete der Schule und in der Verwaltung, die furchtbaren Ernährungskrisen, von denen die deutschen

Industriegebiete immer wieder heimgesucht werden, während in den tschechischen Agrardistrikten Milch und Honig fließen, die schweren Stockungen in der Industrie, die dem Rohstoffmangel und der trotz reicher Kohlenlager herrschenden Kohlennot zu verdanken sind, die Opfer der tschechoslowakischen Kriegszüge und Verteidigungskämpfe gegen Magyaren und Polen, die Losreißung vom großen Körper des deutschen Volkes — all das sind Momente, die natürlich radikalen Reden viel Gehör und Gefolge verschaffen. Zweifellos spielt in den Kreisen, die der Linken folgen, der unausgesprochene Gedanke eine große Rolle, daß der für allmächtig gehaltene Bolschewismus den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei ihre Freiheit wiedergeben würde. . .

Hoffentlich siegt aber in diesem Proletariat, das durch zähe Beharrlichkeit und innerliche Vertiefung in der alten österreichischen Sozialdemokratie stets dem Elan und Witz der Arbeiterschaft Wiens und der Alpenländer gleichwertig, wenn nicht überlegen war, die Erkenntnis, daß auf jeden Versuch der Aufrichtung der Diktatur von unten die viel schlimmere Diktatur des weißen Schreckens folgt. München und Ungarn, auch die Berliner Märztage und das Ruhrgebiet, sind allzu deutliche, furchtbare Lehren. Zwischen der Tschechoslowakei und dem hungernden Sowjetrußland liegen Horthy-Ungarn und Polen; kommunistischen Experimenten würde nicht nur die deutsche und tschechische Bourgeoisie und das Bauerntum, würden nicht nur große Teile der tschechoslowakischen Heeresmacht entgegentreten, sondern auch die von dem eigenen Proletariat noch keineswegs gebrochene Kraft der Entente. Französische Generäle und Obersten kommandieren heute das tschechoslowakische Heer. . .

Die Parteileitung hat beschlossen, dem Parteitag ein Programm zur Einigung und gemeinsamen Aktion des gesamten klassenbewußten Proletariats in der Republik vorzulegen. Die Einsetzung einer Beamtenregierung mit reaktionärem Einschlag hat die krisenhafte Lage des Staates aller Welt offenbart. Er besteht nun einmal; ihn hochzubringen und von nationaler Unterdrückung und nationalem Haß zu befreien, kann nur das friedliche gemeinsame Werk der sozialdemokratischen Arbeiter aller Nationen dieses Staates sein.

Die Moskau-Stipendiaten.

Die Diskussion geht weiter. Die „Rote Fahne" vom Freitagmorgen gibt zu, „daß unsere russische Bruderpartei uns finanziell unterstützt hat" und fügt daran folgende Bemerkung:

Sollte schließlich die „Freiheit", die diese ganze Diskussion nicht nach unserem Wunsche und nicht zu ihrer Freude heraufbeschworen hat, es wünschen, so sind wir bereit, unter den prominenten, heute gegen Moskau wetternden Führern des rechten Flügels solche Namen öffentlich zu nennen, die recht erhebliche Geldsummen von der Kommunistischen Partei Rußlands angenommen haben, Summen, von denen wir ohne weiteres annehmen, daß sie sie nicht zu persönlichen Zwecken, sondern zu den politischen Zwecken ihrer Partei verwendet haben.

Das ist eine Drohung und ein Angebot: Rede du nicht mehr von meinen Stipendien, so werde ich von den deinen nicht mehr reden.

Und nun dürfte die „Freiheit" schweigen.

Das „Gnadengesuch nach Moskau".

Die Zentralkommission der U. S. P. D., d. h. augenscheinlich die rechtsgerichtete Mehrheit, veröffentlicht in der „Freiheit" einen neuen Aufruf an ihre Parteigenossen, in dem sie sich entrüstet gegen die Einmischung der Moskauer in ihre Parteiangelegenheiten wendet. Es wird versichert, daß das Moskauer Exekutivkomitee gar keine Ahnung habe von den Verhältnissen in Deutschland, und daß es leichtfertig genug sei, sich alle Angriffe und Anschuldigungen gegen die rechten Führer der U. S. P. D. unbesehen zu eigen zu machen. Dann heißt es sehr energisch:

Wir weisen es zurück, daß fortgesetzt aus Moskau Urlaubsbriefe nach allen Ländern geschickt werden mit Beschimpfungen solcher Genossen, die sicherlich die Verhältnisse in ihrem Lande mindestens ebenso gut kennen, wie die Genossen des Exekutivkomitees aus Korea. Wenn bezüglich der (von Ausschluß bedrohten. Red. des „Vorwärts".) Genossen, die jetzt ihre Fehler eingestehen, auch Ausnahmen zugelassen werden, so muß das Zentralkomitee solche entwürdigenden Bestimmungen ganz entschieden zurückweisen. Denn wer würde sich als revolutionärer Sozialist bereitfinden, ein **Gnadengesuch nach Moskau** zu schicken.

Im Zorn plaudert die Zentralkommission noch einige sehr interessante Intimitäten aus der Moskauer Internationale aus. Sie versichert, daß außer fünf Russen in dem Exekutivkomitee in Moskau noch sechs Vertreter der „kleinen kommunistischen Gruppen von Amerika, England, Frankreich, Holland, Georgien und Korea!" die Wache über die Reinheit der deutschen sozialistischen Grundsätze halten helfen. „Hält man in Moskau die deutschen Arbeiter wirklich für so dumm, daß sie auf solche Redensarten hereinfallen könnten?", fragt die Zentralkommission. Sicher wird sie von Moskau nur eine bejahende Antwort bekommen, denn die Zentralkommission selbst hat das redlichste dazu beigetragen, diesen Größenwahn bei den Moskauer Gewaltigen zu wecken.

Innerhalb der U. S. P. D. und auf ihrem Parteitage selbst wird es zweifellos noch wegen der Mandate zu einem neuen großen Krach kommen. Die Zentralleitung hat für die Wahlen zum Parteitag Urwahlen vorgeschrieben, ein Teil der Parteibezirke, darunter Hamburg, lehnen die Urwahl ab. Gegenüber diesem offenen Widerstande versichert das Zentralkomitee, daß die Urwahl überall stattzufinden habe, und daß, wo sie trotzdem unterbleibe, die Parteigenossen das Vertretungsrecht auf dem Parteitag verlieren. **Keine Delegierten würden zum Parteitage zugelassen werden, die nicht in der Urwahl gewählt worden sind!**

Die Sache ist also ganz prinzipiell entschieden: Nach Moskauer Vorschrift müssen vom Parteitage alle diejenigen Delegierten ausgeschlossen werden, die sich nicht schon vor dem zweiten Kongreß der Dritten Internationale für den Anschluß an Moskau entschieden haben. Nach Vorschrift der deutschen Zentralleitung werden diejenigen Delegierten ausgeschlossen, die nicht in der Urwahl gewählt sind. Man darf neugierig sein, wieviele Delegierte unter solchen Umständen überhaupt noch übrig bleiben werden!

Um die 3. Internationale.

Wie uns ein eigener Drahtbericht aus Kassel meldet, tagte dort der Bezirksparteitag der U. S. P. für Hessen und Waldeck. Auf der Tagesordnung stand die Stellungnahme zum Eintritt in die Dritte Internationale. Für die Moskowiter sprach der Redakteur der „Hessischen Arbeiterzeitung", Richard Wagner. Er erklärte die Moskauer Bedingungen für hart, aber es gebe nur Sieg des Sozialismus oder Untergang, und daher müßten die Bedingungen angenommen werden, die im übrigen für alle Länder gleich seien. Als Korreferentin sprach vom Zentralparteivorstand Frau Remitz, die zwar für die Dritte Internationale, aber gegen die Moskauer Bedingungen sich erklärte. Schließlich wurde eine Resolution für die Moskauer Bedingungen unter Anschluß an die Dritte Internationale ohne jede Klausel mit 48 gegen 3 Stimmen angenommen. Von einer Urabstimmung wurde abgesehen, weil wegen sehr früher Legung des Parteitages die Zeit schon zu kurz sei.

Eine Kreiskonferenz der U. S. P. für den Bezirk Elberfeld-Barmen, in denen Stöcker und Ledebour gegen bzw. für den Anschluß an Moskau sprachen, erklärte sich mit überwältigender Mehrheit gegen die Annahme der Bedingungen. — Der zweite Berliner Distrikt der Unabhängigen nahm mit 318 Stimmen eine Resolution für Annahme der Bedingungen an, während eine Resolution gegen die Bedingungen 127 Stimmen erhielt. — In einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppen Spandau und Staaken wurden Moskaus 21 Punkte abgelehnt und dem russischen Proletariat die Sympathie der Versammlung ausgesprochen.

Spiel mit dem Feuer.

Die innere Unwahrhaftigkeit der reaktionären Presse kommt in ihren Morgenbetrachtungen zu den preußischen Landtagswahlen ganz besonders deutlich zum Ausdruck. Wie sehr unsere alldeutschen Redaktionen auf das schlechte Gedächtnis oder auf das — Umlernungsvermögen ihrer Leser bauen, ergibt sich daraus, daß sie plötzlich an den Willen der Mehrheit der preußischen Bevölkerung appellieren, ihrer Mißstimmung gegen die jetzige Preußenregierung schleunigsten Ausdruck zu geben. Von diesem Wunsch nach schleunigen Neuwahlen ist uns bisher allerdings recht wenig bekannt geworden, und einige besonders laute Schreier haben nicht das Recht, sich als Volksmehrheit auszugeben, es sei denn, daß sie den mit soviel Begeisterung Jahrzehnte hindurch verfochtenen Grundsatz der Einteilung in Klassen unter Zugrundelegung des Portemonnaieinhalts auch weiter für sich in Anspruch nehmen; dann könnten sie allerdings noch heute in der Mehrheit sein. Die Drohungen, die gegen die jetzige preußische Regierung ausgesprochen werden, ähneln außerordentlich dem Ton, der wenige Tage vor dem Kapp-Putsch im März in den gleichen Preßorganen angeschlagen wurde. So schreibt die schwerindustrielle „Post":

Wir glauben aber nicht, daß sich die preußischen Wähler mit all diesen Scheingründen heute noch abspeisen lassen werden.

Noch deutlicher wird sie in folgenden Ausführungen:

Es fragt sich nun: was werden die Rechtsparteien tun. Werden sie den höchst unsalomonischen Spruch des Aeltestenrats gelassen hinnehmen und sich in Geduld fassen, bis der nächste Schnee geschmolzen ist? Oder werden sie wirklich „mit allen Mitteln" gegen den Anschlag auf die Volksrechte vorgehen, wie sie es in Aussicht gestellt haben? Schon weist der „Berliner Lokalanzeiger" mit Recht auf das parlamentarische Mittel der Obstruktion hin.

Und es fragt sich ferner: was werden die Wähler tun? Werden sie sich nach der wortreichen Zusicherung ihrer Volksrechte um das erste und wichtigste Volksrecht betrügen lassen? **Oder wird nicht vielmehr der Groll über das innerlich erledigte Preußenhaus in helle Empörung umschlagen?**

Es wird also wie bisher nach dem alten Rezept verfahren: Gehetzt, geschürt und verleumdet. Wir glauben jedoch annehmen zu dürfen, daß nach den Erfahrungen des März-Putsches sich diesesmal kein General finden wird, um sich an die Spitze der durch die „Futterkrippenwirtschaft" der jetzigen Mehrheit „hell empörten" Menge zu stellen und deshalb wird die „Post" wie auch die „Deutsche Tageszeitung", die plötzlich an den Geist der Verfassung appelliert, sich so lange gedulden müssen, bis die Landesversammlung die Arbeit erledigt hat, von der sie ihren Namen trägt und die Neuwahlen ordnungsgemäß vorbereitet sind. Die Rechtsparteien mögen bedenken, daß sie durch ihre skrupellose Verleumdertaktik ein gefährliches Spiel mit dem Feuer treiben. Die Arbeiterschaft aber wird sich durch das Geschrei der Verfassungsfeinde, die plötzlich ihr verfassungsfreundliches Herz entdeckt haben, nicht beirren lassen.

Prag gegen Moskau.

Prag, 1. Oktober. Die Vertreter der sozialistischen Arbeiterpartei hielten heute unter Vorsitz des Abgeordneten Nemec eine Beratung über die letzten Vorgänge in der Partei ab. An der Konferenz beteiligten sich 53 Delegierte aus der ganzen Republik. Von den gefaßten Beschlüssen sind hervorzuheben: Die Nichtanerkennung der jüngst stattgehabten Kommunistenkonferenz als Parteikongreß. Die Abgeordnetenklubs beider Kammern sollen demnächst zusammentreten, um die Anhänger der kommunistischen Internationale auszuschließen und die Richtlinien des weiteren Verhaltens festzusetzen. Die Veranstalter der kommunistischen Konferenz in Prag wurden einstimmig aus der Partei ausgeschlossen. Weiter wurde die Anregung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf Schaffung eines ständigen sozialistischen Kongresses gutgeheißen. Der Vorstand wurde beauftragt, das Nötige zur Verwirklichung dieser Anregung zu unternehmen.

Die Hosen der heiligen Elisabeth.

Im „Zwiebelfisch", dieser sowohl amüsanten wie anregenden Zeitschrift, der mit einiger Verspätung jetzt als ganzer 5. Jahrgang auf einmal erschien, erzählt sein Herausgeber Hans v. Weber eine nette Geschichte aus der Zeit des Sozialistengesetzes.

Der Polizei der guten Stadt Leipzig war es um das Ende des Sozialistengesetzes herum besonders darum zu tun, die streng verbotene Verbreitung des „Sozialdemokrat", der wöchentlich in Zürich erschien, zu verhindern. Man hatte es schon herausbekommen, daß das Blatt jede Woche unter anderm Vorwand über die Grenze geschmuggelt wurde, bald in einer Kiste, die angeblich nur Zigarren enthielt; bald als Löschpapier usw. Diese Kisten waren jedesmal an einen Genossen adressiert, der mit solchen Waren handelte. So hatten eines Tages die Spitzel herausgebracht, daß eine Kiste mit flanellenen Damenhosen, adressiert an ein Wollwarengeschäft in der H...straße, auffallend schwer gewesen war. Revoluzerblätter aber wiegen schwerer als Damenhosen.

Die Polizei hatte diesmal richtig getippt. Ein Geschäftsmann namens sagen wir „Müller" war der Adressat. Eben war bei ihm vom Spediteur das Kistenmonstrum abgeladen worden, da erschien auch schon ein Polizeileutnant mit drei Mann im Laden und schnauzte den Inhaber an: „Ham Sie ähm ene Gisde aus Zürich begomm'n?!" Herr Müller wurde innen kalt, blieb es aber auch äußerlich. Einen Moment fragte er sich, ob er gestehen solle, dann aber war er schon entschlossen, die Zeitungen nach ihrer Entdeckung als versehentlich geschickt zu bezeichnen. Der Briefwechsel mit dem Züricher Großhändler war ja in seinen Händen und durchaus sachgemäß geführt worden. Ruhig sagte er: „Ich weeß zwar nich, was das Sie angeht, aber da steht se." Barsch verlangte der Leutnant, er solle sie auspacken. „Das fällt mir gar nicht ein," erklärte Herr Müller. „Wenn Sie se ausbacken wollen, dann genn Se's duhn, aber das saach'ch Ihnen, Sie müssen se dann genau so wieder einbackn wie se jetzt is." Der Leutnant erklärte, er sehe nicht ein, wozu er diese Verpflichtung übernehmen solle, sagte aber schließlich, als Herr Müller mit dem Ausdruck ehrlicher Entrüstung über solche Behandlung eines harmlosen Geschäftsmannes darauf bestand, die Erfüllung der Bedingung zu.

Nun machten sich die Schutzleute ans Oeffnen. Richtig, es lagen Damenhosen obenauf, genau wie Müller vorausgesagt hatte. Aber sie fingen an, sie herauszunehmen, und Müller wurde in sicherer Erwartung der gefährlichen Zeitungen zur Abwechslung warm. Sie packten weiter aus: Hosen, lauter Hosen, immer mehr Hosen, — bis zum Kistenboden nichts als Hosen. Müller bekam gestielte Augen und fing beinahe trotz seiner echt roten Gesinnung innerlich zu beten an. „Die Hosen der heiligen Elisabeth," dachte er, obwohl er protestantisch getauft war. Nun erschärfte sich der ganz verdatterte Leutnant in Entschuldigungen. Müller aber wurde wild und fragte: „Was ham Se denn nu eegentlich in den Hosen gesuucht?!" Kleinlaut gestand der Leutnant, während auf Müllers Verlangen die Schutzleute die Kiste wieder einpacken und sogar zunageln mußten, er habe ihn für einen Sozi gehalten. Man kann sich Müllers Empörung denken!

Kaum aber war der Leutnant mit seinen Leuten weggegangen und hinter der nächsten Straßenecke verschwunden, da sauste Müller aus seinem Laden heraus zu Fräulein Minchen, die ein paar Häuser weiter ihm in Hosen und anderen warmen Dingen eine bescheidene Konkurrenz machte. „Ham Sie heide ne Gisde aus Zürich begomm?!" fragte er sie atemlos. „Da steht se — aber was geht denn Sie das an?!" erwiderte die Gute. „Da ham Sie ähm ooch Hosen beschdellt und unsre Gisden sinn verwechselt worden." Ein Blick auf den Frachtbrief bestätigte, daß seine Vermutung zutraf. Sie tauschten ihre Sendungen aus, und am nächsten Tage tobte die ganze politische Polizei ratlos durcheinander: in allen Fabriken und Werkstätten war wieder der neueste „Sozialdemokrat" verbreitet, und diesmal war es eine besonders saftige Nummer!

Müller aber forschte seitdem noch einer Kapelle der heiligen Elisabeth, um ihr eine wächserne Hose zu stiften.

Pallenbergs Verwandlungen. Im Theater der Königgrätzer Straße werden drei sehr dürftige und von Siegfried Trebitsch ganz gottverlassen übersetzte Schnurren Courteelines gespielt, damit Max Pallenberg das Haus füllt. Er spielt einen Schutzmann, einen Spießbürger und einen gehobenen Schutzmann, einen Kommissar. Der Schutzmann und der Kommissar sind, was Courteline liebt, großschnäuzige Musterexemplare ihrer unangenehmen Rasse, Radfahrer, die nach oben buckeln und nach unten treten. Pallenberg hat darum Ursache, turmhoch aufzumaulen und dann wie ein Wurm nach all seinem Spreizen, Schäumen, Schütteln und Zischen zusammenzukriechen. Er tut es gut, besser, am besten, er steigert sich grotesk und gemütlich. Seine schlagfertige Trottelei ermüdet nicht. Aber man hat das Allerlauteste, Allerlangweiligste von einem mäßigen Witzbold herausgesucht, damit dem sorgenden Theaterkassierer geholfen wird. Direktor, Regisseur und Schauspieler irren sich: Dem Manne kann so nicht geholfen werden. M. H.

Ein Stück über die deutsche Revolution. „Sumpf", Drama in einem Vorspiel und drei Akten von Leopold Schwarzschild. Uraufführung im Schauspielhaus zu Leipzig. — Wer heutzutage ein Stück über die deutsche Revolution schreiben und es auf einer beachtlichen deutschen Bühne aufgeführt und bejatscht sehen will, dem ist die Tendenz geradezu diktiert. Er muß wissen, daß das in Betracht kommende Premierenpublikum etwas gegen die „wunderbaren Zustände" der „glorreichen Revolution" hören will. Leopold Schwarzschild läßt es das Publikum hören. In einer Weise zwar, die nicht nur in eine öde Anrempelung des Novembererfolges von 1918 hinausläuft und in vielem Geschick und Geschmack verrät, die aber doch nicht darauf verzichtet, den brutalen Nutznießer der Revolution, charakterisiert durch den erbärmlichen, selbstsüchtigen Maulaufreißer und Postenjäger Knoop (den wir aus mindestens drei Theaterstücken, 100 Novellen und 1000 Witzblattkarikaturen kennen) als Symptom des Revolutionsgeistes in den Mittelpunkt der Volksgunst zu stellen. Neben ihm wirkt Willert, sein Gegenpol: der Reine, Makellose, Sehnsüchtige, der Phantast und Neuschöpfer um die Massen. Sie wollen ihn nicht. Was ihnen niemand verdenken kann: denn saubere Gesinnung und schöne Worte von Verheißung und unendlicher Sehnsucht geben nun halt allein noch kein Recht darauf, sich Führerqualitäten anzumaßen. Mehr aber hat Willert nicht zu bieten. Nun: die Gier der Arbeiter nach greifbaren, materiellen Erfolgen geht über ihn in einer Volksversammlung hinweg, in der er abrät, in ein Abkommen mit den Kapitalisten einzuwilligen, das den Lohn der Arbeiter, um sie gefügig zu erhalten, ums dreifache steigert und ihnen im Aufsichtsrat einen Posten sichert, den dann natürlich der käufliche Lump Knoop erhält. Knoop triumphiert und läßt schließlich den gar zu unbequem werdenden Willert wegen Volksverrats ins Gefängnis werfen. Damit wird wieder einmal erwiesen wäre, daß die Menschen in ihrer Mehrheit Malefizgebuster sind.

Zu rühmen an dem Stück ist seine für einen Erstling ganz besonders beachtliche Sicherheit in der Aufführung. Vor allem die Massenszenen sind nahezu vollendet. Die Darstellung war hervorragend gut. H. B.

Hans Leuh' Bestattung erfolgt am Sonnabend mittag. Nach einer öffentlichen Totenfeier in der Orangerie zu Neustrelitz wird der Sarg nach dem drei Stunden entfernten Stargard geleitet und in dem bei der Burg gelegenen Park der Erde übergeben.

Die Arbeiter-Kunst-Ausstellung (Petersburger Str. 39 I), heute mit Werken von Käthe Kollwitz eröffnet, ist täglich von 5 bis 7½ Uhr zu besichtigen. Eintritt 1 M. Für Erwerbslose Dienstags und Freitags von 11 bis 1 Uhr kostenlos.

Moderne Gesellschaftstänze bot das Tänzerpaar Bert de Brun vom Kopenhagener Skalatheater im Blüthnersaal. Aber nicht etwa als Musterbeispiele zur bequemen Nachahmung. Die Bewegungsformen von Tango, Foxtrott, Jazz, Lamp (der letzten Neuheit) wurden vielmehr zu geschmackvollen Tanzstücken von eigener Prägung verarbeitet. Sie stellten nicht plastische Gestaltungen greifbarer Tanzideen dar (auch nicht der bildhafter gefärbte Schlußtanz, der grotesk bewegt allerhand drollige Hahnenmimik zeigte), waren graziös durchgeführte Phantasiespiele rhythmisch sich wendender schöner Körperlichkeit. Das Exotische jener Modetänze verlor in dieser Fassung die barbarischen Ecken und Härten und ließ sich als Bereicherung der Tanzbilder hinnehmen. Was Tänze schön macht, die Harmonie von Körper und Bewegung, das war hier in Wirkung. Die feine Vollkommenheit der Gestalt der Tänzerin gab dieser Harmonie in der Paarbewegung sehr gewinnenden Reiz.

Irene Triesch hat noch vor ihrer Abreise mit den Notiertbühnen einen Vertrag abgeschlossen, nach dem sie noch in der zweiten Hälfte dieser Spielzeit — nach ihrer Rückkehr aus London — im Residenztheater auftreten wird.

Die Akademie der Buchsachverständigen eröffnet am 5. Oktober ihre Abendvorlesungen (Buchhaltungs- und Steuer-Seminare) im Hörsal und mit den Betriebseinrichtungen der Grünwald Registrator-Co. Die Hörer können sich an der Hand wirklicher Geschäftsvorfälle in den modernen buch- und steuertechnischen Zeitfragen üben. Hörerkarten Rankestr. 29.

Wirtschaft

Der Abschluß der Laurahütte.

Der Abschluß gestattet nach Rücklagen und erheblich gesteigerten Abschreibungen die Verteilung von 20 Proz. Dividende auf 36 Millionen Mark alte Aktien und von 10 Proz. auf 18 Millionen Mark junge Aktien. Im Gegensatz zum Vorjahre, das nach den Ereignissen vom November 1918 neben geringeren Leistungen erhöhte Ausgaben und große Verluste aufwies, brachte das Berichtsjahr bei erheblich verstärkter Arbeiterzahl auf Gruben und Hütten etwas gestiegene Erzeugungs- und Absatzziffern. Den infolgedessen außerordentlich hohen Einnahmen standen die von Monat zu Monat erhöhten Löhne und die Verteuerung aller Betriebsmaterialien und Anschaffungen gegenüber.

Der Rohgewinn des Berichtsjahres belief sich nach Abzug der Zentralverwaltungskosten, Zinsen und sonstiger notwendiger Abstriche auf rund 60 Millionen Mark (i. V. Rohverlust von 6 490 556 M.), so daß nach Vornahme der Abschreibungen von den Anlagewerten in Höhe von rund 10 Millionen Mark (4 333 935) ein Reingewinn von 49 986 966 M. (i. V. Reinverlust von 10 824 492 M., der aus der Reserve gedeckt wurde) verbleibt.

Die folgende Tabelle gibt eine Zusammenstellung der wichtigsten Abschlußziffern im Vergleich mit den drei Vorjahren:

(in 1000 M.)	1919/20	1918/19	1917/18	1916/17
Bruttogewinn	60 000	—	15 528	16 960
Betriebsverlust	—	6 491	—	—
Abschreibungen	10 000	4 334	7 187	7 084
Reingewinn	49 986	—	8 341	9 876
Reinverlust	—	10 824	—	—
Dividende (Proz.)	20 bzw. 10*)	—	12	12
Neuvortrag	235	—	234	229

*) auf 36 Mill. M. alte und 18 Mill. junge Aktien.

Man hat in Börsenkreisen bereits seit längerem mit einer namhaften Dividende für das soeben abgelaufene Geschäftsjahr gerechnet.

Harpener Bergbau-A.-G.

Der Generalversammlung soll die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. (i. V. 5) vorgeschlagen werden. — Die Dividenden der letzten Jahre bei der Harpener Bergbau-A.-G. stellen sich wie folgt dar:

Geschäftsjahr	Dividendenberecht. Kapital Mill. M.	Proz.	Dividende M.
1908/09	80	8	6,400,000
1909/10	85	7	5,950,000
1910/11	85	8	6,800,000
1911/12	85	9	7,650,000
1912/13	85	11	9,350,000
1913/14	85	8	6,800,000
1914/15	85	6	5,100,000
1915/16	85	12	10,200,000
1916/17	85	12	10,200,000
1917/18	85	12	10,200,000
1918/19	85	5	4,250,000
1919/20	85	12	10,200,000

Hierbei ist zu bemerken, daß das Aktienkapital durch Generalversammlungsbeschluß vom 21. April 1920 auf 100 Mill. M. Stammaktien und 10 Mill. M. Vorzugsaktien erhöht worden ist. Mit dem diesjährigen Dividendenvorschlag erreicht die Gesellschaft wieder den Satz der Jahre 1915/16 bis 1917/18. Im Vorjahre hatte das Unternehmen infolge des ungünstigen Abschlusses der Bergwerksbetriebe mit Verlust gearbeitet. Die Zahlung einer Dividende von 5 Proz. wurde nur durch Heranziehung des Reservefonds B. ermöglicht.

Groß-Berlin

Verrechnet!

Unsere Ingenieure haben in den letzten Jahrzehnten Wunderwerke von kühnen Konstruktionen geschaffen. Brücken wurden ausgeführt, die gar mancher Beschauer kopfschüttelnd betrachtete, weil es nach dem einfachen Empfinden des Nichttechnikers undenkbar schien, daß sie die ihnen zugemutete Belastung würden tragen können. Aber sie trugen die Lasten der rollenden Eisenbahnzüge doch. Wohl kamen auch Versager vor, gewissermaßen als Warnung, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, die durch den Zusammenhang der Atome gegebene und bestimmte Festigkeit der Materialien nicht bis zur äußersten Grenze in Anspruch zu nehmen, vielmehr über die als notwendig errechneten Dimensionen hinaus sozusagen Zugaben zu machen, also dort, wo zehn Zentimeter als genügend erschienen, lieber elf zu nehmen, um für alle Fälle gesichert zu sein. Aber das waren nur Ausnahmen, in der Regel erwiesen sich die Berechnungen als richtig. Wir haben uns daher daran gewöhnt, den bloßen Eindrücken, die solche Bauten in bezug auf Festigkeit auf uns machten, zu mißtrauen, indem wir uns sagten: gefährlich sieht die Sache zwar aus, aber die Rechnung wird schon stimmen.

So erging es dem Unbefangenen auch stets bei Betrachtung der Bauten der Hochbahn. Die untere Partie der Tragekonstruktion zwischen den aufrechtstehenden und rechts und links mit einer Ausladung versehenen Pfeilern erschien verteufelt schwach, zumal bei der starken Belastung durch überfüllte Wagen, infolge gestiegenen Verkehrs; weiter machte auch ihr Anschluß an die Ausladungen der Pfeiler nicht den Eindruck einer gediegenen, sondern mehr den einer saloppen Verbindung. Aber schließlich kam man zu dem üblichen Schluß: die Sache wird schon stimmen. Sie stimmte aber offenbar doch nicht, denn man hat die Tragekonstruktion gerade an den Verbindungsstellen auf weite Strecken hin, so die Skalitzer und Gitschiner Straße entlang, mit mächtigen Baumstämmen, die unter sich durch Kreuzhölzer verbunden sind, unterfangen. So ist eine durch hölzerne Notstützen gesicherte Eisenkonstruktion entstanden, die einen wahrhaft kläglichen Eindruck macht, das Straßenbild verunziert, und die kein Ruhmesblatt für die technische Ausführung der Hochbahn bildet, wie auch nicht für die zahlreichen Amtsstellen mit ihren Stäben von Bauräten aller Art, welche die Genehmigung zum Bau erteilt haben.

Hätte man von vornherein die Dimensionen für die Trägerkonstruktion etwas reichlicher genommen und solide Verbindungen hergestellt, also wie oben bereits erwähnt, „Zugaben" gemacht, würde auch bei gesteigerter Belastung das jetzige kostspielige und blamable Flick- und Stützwerk nie nötig geworden sein.

Der Autobus Wilmersdorf-Alexanderplatz.

hat heute früh seinen Verkehr begonnen. Die Wagen fahren in 10-Minuten-Abständen durch die Berliner und Grunewaldstraße über den Bayerischen Platz, Speherer Straße, Motzstraße, Kollendorfplatz, Bülowstraße, Potsdamer Straße, Voßstraße, Wilhelmstraße, dann wieder Leipziger Straße über Dönhoffplatz, Spittel- und Molkenmarkt zum Alexanderplatz. Der Fahrpreis für die ganze Strecke beträgt 2 Mark, die Teilstrecke kostet 1 Mark. Die vorgeschriebene Fahrzeit ist auf 30 Minuten bemessen. Der Verkehr spielte sich heute in sehr begrenzten Bahnen ab, da die Wenigsten von der Existenz der wiedererstandenen Autobuslinie eine Ahnung hatten.

Abschied beim Brandenburgischen Provinzialausschuß.

Der Brandenburgische Provinzialausschuß der alten Provinz Brandenburg hielt gestern unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Dr. Scholz seine Schlußsitzung ab. Aus den Erörterungen verdient besondere Hervorhebung die Stellungnahme des Provinzialausschusses zu der von der Staatsregierung beabsichtigten Einschränkung des Generalplans für die Arbeiten an der oberen und mittleren Oder, die darin gipfelten, daß unter Anerkennung der schwierigen finanziellen Lage des Staates und der damit gebotenen Beschränkung der Hochwasserschutzarbeiten eine anteilmäßige Verwendung der vom Staate hierfür bereitgestellten Mittel auf die Provinzen Brandenburg und Schlesien entsprechend dem ursprünglich beabsichtigten Maßstabe zu fordern sei.

Am Schluß der Sitzung hielt der Vorsitzende eine Ansprache, in der er auf das Ende des Provinzialausschusses der alten größeren Provinz Brandenburg hinwies. Minister Dr. Scholz sprach darauf dem Landesdirektor Dr. v. Winterfeldt Anerkennung und Dank aus und schloß mit den Worten: „Wir wünschen heute der Verwaltung der künftigen Restprovinz und unseren Nachfolgern im künftigen Provinzialausschuß, daß sie mit gleicher Freude und Liebe an den verringerten Aufgaben, die darum nicht weniger wichtig sind, weiterarbeiten möchten. Mit dem Wunsche, daß die Provinzialverwaltung und der Provinzialausschuß in der künftigen Provinz gleich schöne Erfolge zeitigen mögen, als es die bisherigen Organe getan haben, und mit nochmaligem wärmsten und herzlichsten Danke an die gesamte Beamtenschaft der Provinz darf ich die letzte Sitzung des Provinzialausschusses der alten Provinz Brandenburg schließen."

Exmission eines Wohnungslosen.

Wohnungsnot gibt es auch in den Dörfern der weiteren Umgebung Berlins. In Großbeeren ist es dem bisherigen Hauptlehrer Wilhelm Klaffke nach seiner Pensionierung nicht möglich gewesen, sich eine andere Wohnung zu beschaffen. Selbstverständlich mußte er seine Dienstwohnung aufgeben, weil der Amtsnachfolger einziehen sollte. Schon beizeiten, im Dezember v. J., hatte er im Hinblick auf die Absicht der Pensionierung sich beim Gemeindevorsteher Lehmann als Wohnungsuchender gemeldet, aber weder dieser noch die von Klaffke selber geleitete Wohnungskommission konnte im Gemeindebezirk eine verfügbare Wohnung ermitteln. Auch Klaffkes Versuche, bei dem Administrator Dr. Grosse auf dem der Stadt Berlin gehörenden Gut Großbeeren eine leer stehende Wohnung als vorläufige Unterkunft zu erhalten, blieben erfolglos. Anfang Mai dieses Jahres schickte Pfarrer Flügge, der damalige Vorsitzende im Schulverband, an Klaffke die Aufforderung, bis 31. Mai die Dienstwohnung zu räumen, und schrieb u. a.: „Eine Wohnung steht in Berlin zur Verfügung." Wo in Berlin diese Wohnung zu haben sei, verriet der Herr Pfarrer nicht, und vermutlich wollte er hiermit auch nur sagen, daß Klaffke selber in Berlin eine Wohnung suchen solle. Das wäre bei der in Berlin herrschenden Wohnungsnot aussichtslos gewesen, und Klaffke hätte auch die beträchtlichen Umzugskosten nicht tragen können. Pfarrer Flügge klagte für den Schulvorstand auf Räumung, und Klaffke wurde vom Amtsgericht Lichterfelde am 25. Juni verurteilt, am 1. August die Wohnung freizumachen. Es nützte ihm nichts, daß lange vor dem Gerichtsverfahren das Mieteinigungsamt die Kündigung bis zum 1. September hinausgeschoben hatte. Die Sache nahm dann ihren „ordnungsmäßigen" Fortgang. Ende August zog der Amtsnachfolger ein — und Klaffkes Möbel wurden, weil er den vom Gemeindevorsteher wiederholten Vorschlag, nach Berlin zu ziehen, entschieden zurückwies, vom Gerichtsvollzieher in den Keller des Schulhauses geschafft, der als Lagerraum für Koks dient und nicht als Wohnung benutzt werden kann. Auf seinen energischen Protest erhielt Klaffke hinterher vom Gemeindevorsteher die Erlaubnis, Betten und einige andere Möbel in den Schulsaal zu schaffen und ihn bis auf weiteres als Wohnung zu benutzen.

Bereits einen vollen Monat „wohnt" nun die aus dem Ehepaar und vier Kindern bestehende Familie in diesem Raum, in dem mit Hilfe eines Gaskochers notdürftig eine Kochgelegenheit geschaffen worden ist. Soll sie darin bleiben, bis man endlich im Reiche des Gutsadministrators Dr. Grosse doch noch eine Wohnung für Klaffke entdeckt?

Der ungewöhnliche Trick eines Autodiebes wurde einem Kraftwagenführer zum Verhängnis. Ein vornehm gekleideter Herr sprach in der Nähe des Zoologischen Gartens den Führer einer dort haltenden Kraftdroschke an und gab ihm den Auftrag, zunächst einige 100 Meter weiter bis vor das Haus Kantstraße 158 zu fahren, wo er wohne und von dem aus die Fahrt dann nach Steglitz gehen solle. Vor dem Hause Kantstraße 158 angekommen, bat der feingekleidete Fahrgast den Chauffeur, ihm aus seiner im Vorderhaus zwei Treppen hoch belegenen Wohnung einen Koffer zu holen, den er nach Steglitz mitnehmen müsse. Der Kraftwagenführer kam dem Verlangen des Mannes, der im Wageninnern sitzen blieb, auch nach. Oben angekommen, zog er jedoch vergeblich an der Klingel. Nun kam ihm die Sache doch sonderbar vor. Er eilte die Treppe hinunter, kam aber zu spät. Der Fahrgast hatte sich selbst auf den Bock geschwungen und war mit der Kraftdroschke davongefahren. Es handelt sich um einen grünlackierten A.-A.-G.-Wagen mit der Nummer 1 A 4550, an dem sich zwei Reservereifen befanden. Im Wagen befinden sich Ausweispapiere auf den Namen F. Schweizer, Lichterfelde.

In der Vertreterversammlung des 11. Kreises gab Genosse Obst einen Rückblick über die Entwicklung der Partei und besonders des Schöneberger Wahlvereins, während der Kreissekretär Genosse Tost die dem Kreise bevorstehenden Aufgaben darlegte. Darauf wurden die Wahlen zum Kreisvorstand vorgenommen. Es wurden folgende Schöneberger bzw. Friedenauer Genossen gewählt: 1. Vorsitzender Genosse Oskar Hauffe, 2. Vorsitzender Emil Buchholz, 1. Schriftführer Willi Braasch, 2. Schriftführer Rudbeck; Beisitzer: Schwersens, Burkiczak, Ferd. Bauhoff, Hans Wolf und Kamerowski. Als Vertreter der Elternbeiräte wurde Max Poelke, als Vertreter der Jugend Petri und als Vertreterin der Frauen Genossin Diederich gewählt.

Der Deutsche Beamtenbund veranstaltet am Sonntag, den 3. Okt., vorm. 9½ Uhr, drei große Protestversammlungen in der Bockbrauerei, Tempelhofer Berg, in den Prachtsälen des Westens, Spichernstraße 3, und im Kriegervereinshaus, Chausseestr. 91. Thema in allen drei Versammlungen: Der Existenzkampf der deutschen Beamtenschaft.

Verein der Hessen und Hessen-Nassauer. Sonnabend, 2. Oktober, 8 Uhr, „Spaten", Friedrichstr. 172, Vortrag des Generalsekretärs Rüppel: „Wege und Ziele der Bodenreform".

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 1. Oktober:

14. Abt. Die Bezirksführer werden ersucht, schleunigst beim Genossen Roman Fischer, Sebastianstr. 52 (Zigarrengeschäft), Material abzuholen.

23., 24., 26. u. 28. bis 32. Abt. Sozialdemokratischer Männerchor (Kreis Prenzlauer Tor) Uebungsstunde ½8 Uhr bei Bleiß, Stargarder Straße 3.

Südöstliche Abteilungen. Die Vorbesprechung zwecks Gründung eines S.P.D.-Gesangvereins findet nicht heute, sondern Sonntag, den 3. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Lokal Krause, Mariannenplatz, statt.

Jungsozialistische Vereinigung. S.P.D. Fortsetzung der Generalversammlung im Jugendheim, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof III, I. Erscheinen aller ist bei der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich.

Morgen, 2. Oktober:

Bezirksführer der 44. Abt. 5 Uhr kurze sehr wichtige Zusammenkunft bei Gaßmann, Stettiner Straße.

Gewerkschaftsbewegung

Die Finanzierung der Rätezentrale.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hatte am Donnerstagabend eine Plenarversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Das Arbeitslosenversicherungsgesetz". Vor Eintritt in die Tagesordnung kam es zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, in der gewisse

Gegensätze zwischen der Betriebsrätezentrale (Münzstraße) und dem Ausschuß der Gewerkschaftskommission

zur Sprache kamen. Bekanntlich haben nach den Vereinbarungen der Gewerkschaftskommission und der Münzstraße die Gewerkschaften die Kosten der Betriebsrätezentrale aufzubringen. Mit Rücksicht darauf hat die Betriebsrätezentrale dem Ausschuß der Gewerkschaftskommission einen Etatsentwurf eingereicht.

Neumann (Betriebsrätezentrale) beantragte, den Etat auf die Tagesordnung der heutigen Versammlung zu setzen. Ehe der Etat nicht bewilligt sei, habe die Zentrale keine Sicherheit für die geregelte Ausübung ihrer Tätigkeit. Kürzlich habe die Zentrale vom Ausschuß 35000 bis 40000 M. verlangt, aber nicht bekommen. — Sabath (Vorsitzender der Gewerkschaftskommission) entgegnete, die 35—40 000 M. seien verweigert worden, weil sie gefordert worden seien für die Burraueinrichtung in der Münzstraße, die bereits vor der Vereinbarung vorhanden gewesen sei. Die laufenden Ausgaben der Betriebsrätezentrale würden regelmäßig gezahlt. Der Etat könnte heute nicht beraten werden, weil die Vorstände der Gewerkschaften sich erst mit ihm beschäftigen müßten. Wer die Kosten tragen solle, müsse auch Gelegenheit haben, den Etat gründlich zu prüfen. — Neumann und Stolt machten dem Ausschuß den Vorwurf, er verschleppe die Beratung des Etats absichtlich, um, wenn durch die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses eine neue Situation eingetreten sei, von der Vereinbarung zurücktreten zu können. — Sabath verwahrte sich entschieden gegen diese Annahme. Er betonte, die laufenden Ausgaben würden der Betriebsrätezentrale regelmäßig überwiesen. Ueber die Frage, ob nach dem Kongreß eine Aenderung eintreten solle oder nicht, das habe doch nicht der Ausschuß zu entscheiden, sondern die Mitglieder.

Beschlossen wurde, den Etat nicht auf die Tagesordnung zu setzen. — Darauf drohte Neumann, die Betriebsrätezentrale werde in dieser Frage an die Arbeiter appellieren. Sabath entgegnete: Also die Arbeiter sollen gegen ihre eigenen Organisationen aufgebracht werden. (Zwischenrufe: Das hat die Münzstraße schon in den letzten Arbeitslosenversammlungen getan.) Wenn Ihr die Arbeiter aufbringt, dann fallen die Folgen auf Euch. — Neumann lenkte ein: Es sei nicht beabsichtigt, die Arbeiter aufzubringen.

Auf Antrag von Neumann wurde beschlossen, den Etat in einer am nächsten Dienstag abzuhaltenden Plenarversammlung zu beraten.

Die Versammlung besprach den Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung, der den Reichstag demnächst beschäftigen wird. Wie der Referent Sabath ausführte, hat eine von der Gewerkschaftskommission eingesetzte besondere Kommission den Entwurf durchberaten. Sie befürwortet eine Reihe von Verbesserungen, die in der Hauptsache dahin gehen, daß die Arbeitslosenversicherung auf die Hausangestellten und die Landarbeiter ausgedehnt und bei allen im Entwurf vorgesehenen Entscheidungen sowie in der Verwaltung den Arbeitern das volle Mitbestimmungsrecht zugestanden wird. Die für die Saisonarbeiter ungünstigen Bestimmungen des Entwurfs sollen beseitigt werden und wenn die Arbeitslosenversicherung den Krankenkassen angegliedert wird, sollen dafür nur die Allgemeinen Ortskrankenkassen in Frage kommen.

In der ausgedehnten Diskussion wurden gegen den Entwurf von mehreren Rednern grundsätzliche Bedenken geltend gemacht. Unter anderem wurde die Frage erörtert, ob man nicht statt der Heranziehung der Arbeiter zu den Beiträgen verlangen solle, daß die Allgemeinheit die Lasten der Arbeitslosenfürsorge zu tragen habe. Schließlich wurde die durch drei besonders sachverständige Mitglieder verstärkte Kommission beauftragt, den Entwurf nochmals durchzuarbeiten unter Berücksichtigung der geltend gemachten Grundsätze.

Eine fürstliche Entlohnung.

Vor dem Kriege drang mit gewisser Regelmäßigkeit ein Schrei um Hilfe von denjenigen Aermsten der Armen in die Oeffentlichkeit, die infolge der wirtschaftlichen Not gezwungen waren, jede Arbeit, auch die schlecht bezahlteste anzunehmen. Daß sich auch jetzt noch Arbeitgeber finden, die zwar einfache, aber zeitraubende Arbeit mit einem Hundelohn entgelten, beweist folgende Tatsache:

Die Papierbetrieb- und Tütenwerke, Inhaber Paul Pniower, Andreasstr. 40, Aufg. 3, I Tr., suchen durch Annonce in der „Morgenpost" Heimarbeiterinnen, welche bei Entnahme der Arbeit einen großen Posten Material zum Falzen und Kleben von Apothekertüten erhalten. Für je 1000 Stück der fertigen Tüten zahlt diese noble Firma sage und schreibe 2 M. Selbst eine geschickte Arbeiterin braucht 4 Stunden, um 1000 Stück solcher Tüten fertig zu machen und hat dann einen Stundenlohn von 50 Pf. nach angestrengter Tätigkeit erreicht. Ein Kommentar hierzu scheint uns überflüssig, es genügt zu betonen, daß eine solche Entlohnung einfach menschenunwürdig ist.

Was sagt dazu der Betriebsrat der Firma, mit dem Rücksprache zu nehmen der Firmenträger einer empörten Hereingefallenen verweigerte, zu diesem Vorgehen des Arbeitgebers? Hier einzugreifen wäre seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Die arbeitsuchenden Frauen können wir aber vor der Annahme einer solchen Tätigkeit nur dringend warnen.

Passive Resistenz bei der „Victoria".

Die Angestellten der Versicherungsgesellschaft „Viktoria" haben, weil ihre Forderungen hartnäckig zurückgewiesen werden, zu dem Mittel der passiven Resistenz gegriffen. Seit heute morgen 9 Uhr stehen 4000 Angestellte auf den Höfen und warten auf das Ergebnis der Verhandlungen, die der Betriebsrat mit der Direktion führt. Im Laufe des Vormittags ist der Betriebsrat in dreimaligen Verhandlungen immer nur an den Arbeitgeberverband verwiesen worden, der gegenüber den Forderungen der Angestellten einen ablehnenden Standpunkt einnimmt.

Streik im Berliner Buchhandel?

Ueber die Tarifverhandlungen im Buchhandel berichtete Guiard am Donnerstag in einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung aller Angestellten des Berliner Buchhandels, die von der Asa nach den Sophiensälen einberufen worden war. Der jetzige Gehaltstarif lief am 30. September ab. Auf die Forderungen nach Erhöhung der Gehälter um 30 Proz. und für Jugendliche und Lehrlinge um 35 Proz. hatte der Arbeitgeberverband Lohnabbau angekündigt. Der Buchhandel soll angeblich im Absterben begriffen sein. Am Schluß der am Donnerstag stattgefundenen Verhandlungen mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes gaben die Arbeitgeber nach einer halbstündigen Sonderberatung eine Erklärung ab, die unter anderem besagt: Hätten auch die Wünsche zahlreicher Buchhändler auf Lohn-

abbau Berechtigung, so trage man doch Bedenken, gegenwärtig damit zu beginnen. Man sei bereit, einen Tarif abzuschließen, der die bisherigen Gehaltssätze bis zum 31. Dezember 1920 aufrechterhalte. Die Versammlung, sagt Redner, solle selber entscheiden, was demgegenüber zu tun sei.

Das zweite Referat hielt Meyer. Beide Redner wiesen nach, daß die gezahlten Gehälter im Buchhandel viel zu niedrig seien, und kritisierten das Verhalten der Arbeitgeber.

Folgende Resolution wurde nach lebhafter Diskussion einstimmig angenommen:

„Die Versammelten beharren auf ihren Forderungen, da die augenblicklichen Gehaltssätze zum Lebensunterhalt nicht entfernt ausreichen. Sie lehnen daher das Angebot der Arbeitgeber, den bisherigen Tarifvertrag bis zum 31. Dezember 1920 zu verlängern, mit Entrüstung ab. Sie beauftragen die Afa, den Kampf bis zu einem siegreichen Ende zu führen."

Zur Durchführung dieses Beschlusses wird in den nächsten Tagen durch eine Urabstimmung in den Betrieben darüber entschieden werden, ob in den Streik getreten werden soll.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Zur Aufklärung!

„Kukirol", das schnell und sicher wirkende Mittel gegen

Hühneraugen, Hornhaut,

Schwielen und Warzen ist in großem Format für die Käufer vorteilhafter, als in kleinem.

Da „Kukirol" lange Zeit haltbar ist, so wird es von jetzt ab nur noch in großem Format hergestellt, zumal der Preisunterschied nur 50 Pf. beträgt. Preis des alten Formats M. 2.50, des neuen M. 3.—

„Kukirol" ist in Apotheken und Drogerien erhältlich. Achten Sie aber genau auf den Namen.

Beweise unserer Preiswürdigkeit!

Der sehr beliebte hellkarierte Mantel fesch verarbeitet M. 385,-

Der vornehme Plüsch-Mantel ganz gefüttert M. 575,-

Der elegante Seal-Mantel auf reiner Seide M. 1975,-

Das aparte Kleid in reiner Wolle M. 375,-

Das flotte Kostüm mit Tressen-Garnierung M. 598,-

Damen-Konfektions-Haus

M. KRAUS & CO.

BERLIN O. FRANKFURTER ALLEE 50. Eckhaus Niederbarnimstr.

Königstadt 4114.

Film-Palast Koppenstr. 29.

Vom 1.—7. X. 20:

„Moriturus"

nach dem Roman „Liebeshörig", von Fr. Runkel mit Max Landa, Reinhold Schünzel, Conrad Veidt u. Hulda Wörner.

„Die Frau im Doktorhut"

Lustspiel mit Lotte Neumann.

3 Morley's.

Rose-Theater.

7½ U. Der Anti-Christ. Freitag, den 1./10.

Elektro-Motore

Leitungs-Dynamo-Drähte, Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Alex. 4782). Kurze Str. 18 (Alex-Bl.).

Wandervögel finden neue Ziele für ihre Fahrten in Lessens schönem „Wanderbuch". (9 M.) Buchh. Vorwärts, Lindenstraße 3.

Deutscher Schulverein Tuchel, Wpr. (Pomorze).

Die deutsche Unterrichtssprache ist unseren Kindern in den bisherigen höheren Schulen nicht bewilligt worden; wir mussten eine eigene deutsche Privatschule gründen. Die jährlich etwa 80 000 M. (ca. 20 000 M. deutscher Währung) betragenden Unterhaltungskosten können wir aus eigenen Mitteln nicht aufbringen. Liebe deutsche Brüder, helft uns! Bewahrt unserer Jugend das deutsche Volkstum! Schützt sie vor der Polonisierung! — Geldspenden erbitten wir an die Dresdner Bank, Berlin W 56.

Der Vorstand: P. Schlonski. R. Heppner.

Jeder Eisenbahner

der vorwärts strebt und nach dem Grundsatz: „Freie Bahn dem Tüchtigen" sich durch einschlägige Fachliteratur fortbilden will

liest

zur Vervollkommnung seiner Berufskenntnisse unsere konkurrenzlose Fachzeitschrift

Die Eisenbahnfachschule

Amtliches Organ des Verbandes Deutscher Eisenbahnfachschulen und technische Zeitschrift für alle Eisenbahner.

Interessante Artikel. Lehrreiche Abhandlungen.

Aus dem Inhalt: Demokratisierung im Eisenbahnwesen. — Die Entwicklung der Siemens-Werke. — Neuerungen im Signalwesen. — Lokomotivkessel mit Ueberhitzer. — Wasserstandsanzeiger. — Elektrisches Schweißen in Eisenbahnwerkstätten. — Der Luftdruck, das Barometer. — Die Verwendung von stutzenlosen Lokomotiv-Feuerbüchsen. — Der Lokomotivkessel. — Die Telegraphie. — Elektrische Schnellbahnen — und vieles andere mehr.

Bezugspreis direkt vom Verlag unter Kreuzband Mark 5.— pro Vierteljahr, durch die Post bezogen Mark 4.— zuzüglich Mark 0.30 Bestellgeld.

Verlangen Sie kostenlos Probenummern.

Für Vereine billiger. Für Vereine billiger.

Unerkannt vorzügl., wirkungsvolles Insertionsorgan.

Inserate in der „Eisenbahnfachschule" haben den größten Erfolg; die Leserschaft setzt sich nachweisbar aus den Eisenbahnbehörden, sowie ca. 20 000 Hörern der Eisenbahnfachschulen zusammen. An über 100 Schulen im ganzen Reiche verbreitet. — Man verlange Offerte.

Verlag A. Wesemann, Berlin SW., Königgrätzer Straße 109.

Tel. Kurfürst 4015. Postsch. Berlin 33473. Telegr. Dinamofo

Billige Schuhwaren

gelangen heute und folgende Tage zum Verkauf, soweit Vorrat reicht

Ein Posten Kinder-Stiefel aus Segeltuch mit Ledersohle
Größe 27/30, M. 29.50 Größe 31/35, M. 33.50
Ein Posten Damen-Stiefel . . . M. 145.—
Diverse Damen-Halbschuhe . . . M. 98.50
Ein Posten Herren-Stiefel . . . M. 165.—

Jede Fahrt lohnt sich nach

Schuhhaus Kuntze Nachfl.

Gr. Frankfurter Str. 83, Ecke Marsiliusstr.

Suchen Sie gutgehende, hohen Verdienst bringende Artikel?

Dann verlangen Sie sofort Vertreterpreisliste von

Otto Grothe, Neukölln 43, Leykestr. 18

Sanitätshaus für die intime Körperpflege

Engros ◆ Export ◆ Versand

Soweit Vorrat:

Künstler-Gardinen 120.-

2 Flügel, 1 Behang mit Volang

Adam's Gardinenhaus Frankfurter Allee 56

zwischen Kreuziger- und Mainzer Straße.

Verkäufe

Privatverkauf einiger selbstgefertigter erstklassiger Jackettanzüge und Ulster. Warschowski, Hohenstaufenstraße 21, vorn 12. 100 Schritte vom Hermannplatz.

Kreuzfüchse, Alaskafüchse und alle anderen Pelzarten, enorm billige Sommerpreise, Taschenuhren, Brillanten, Schmucksachen. Vornehme Herrenmäntel. Linienstr. 206/4. Ecke Rosenthaler Straße, nur 1 Treppe. Rosenthaler Tor.

Kreuzfüchse 350,—, Alaskafüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Silberfüchse, sowie sämtliche Pelzwaren jetzt bis Preishälfte herabgesetzt. Sonderangebot: Damen-Pelzmäntel, Damen-Garderobe, Herren-Pelzpelze, Herren-Sportpelze, Wagenpelze. — Jakettanzüge, Cutaways, Paletots (keine Lombardwaren). Bekannt billige Preise im Pelzhaus Moritzplatz 58a (größtes derartiges Spezialhaus Berlins.)

Pelzgarnituren! Alaskafüchse 110, Rotfüchse 125, Zobelfüchse 150 Mark, elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse sowie alle anderen Pelzarten, alles neue, feine Versandware, zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Pelzhaus Warschauerstraße 7.

Größerer Posten Herren-Anzüge, geschlossen oder einzeln, wegen Aufgabe des Geschäfts billig zu verkaufen. H. Schulz, Fennstr. 4, II. 13368

Bettbecken, einbettig 55,— an, zweibettig 75.— an. Gardinengelegenheitskäufe. Köpenickerstraße 101, II. Etage.

Gardinenverkauf! 10 billige Tage! Schalgardinen (schmal, leicht angestaubt) 28,— aufwärts, bunte Gardinen Meter 6,50, Bettdecken, einbettig 55,—, zweibettig 75,— aufwärts, Stores 75,—. Echte Madrasgardinen 195,— aufwärts, hochelegante Künstlergardinen in Erbstüll und Englischtüll bedeutend herabgesetzt. Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe, Köpenickerstraße 101, II. Etage (nahe Jannowitzbrücke).

Ausnahme-Woche. Reste für Küchengardinen 27,—, 35.—, Stubengardinen 58.—, 85.—, 120.—, 155.—, Bettdecken 45.—, 75.—, 125.—, Scheibengardinen 4.—; ferner Riesenauswahl eleganter Stores, Künstler-Madrasgardinen, Steppdecken, Diwandecken, Tischdecken, Teppiche, Läuferstoffe, Felle usw. Wirkliche Gelegenheitskäufe. Friedo Gardinen- und Wäschehaus, Prinzenstraße vierundachtzig, zwei Treppen, am Moritzplatz.

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert ab Vorrat. Wagner, Köpenickerstraße 71.

Schulmappen 48 Mark, haltbarste und eleganteste, Kaptwonki, Brandenburgstraße 6. Fabrik von 8—4. 37/17*

Geschäftsverkäufe

Lebensmittel-Geschäft, gut gehend, verkauft wegen Todesfall, Kolbergerstraße 33.

Möbel

Möbel-Groß. Große Frankfurterstraße 141. Invalidenstraße 5, gibt jedermann Kredit. Große Auswahl in 1—2-Stuben-Einrichtungen, bunten Küchen, einzelnen Möbeln. 125*

Möbelkredit, bei kleinster Anzahlung und Abzahlung. Große Auswahl in kompletten Zimmern sowie einzelnen Möbeln, farbigen Küchen. Herabgesetzte Preise. Lichtenthal, Oranienstraße 14a (Heinrichsplatz). Gegründet 1879.

Metallbetten 290,—, Polsterauflagen Zingler, Neukölln, Weserstraße 212, I.

Möbel-Lechner offeriert Schlafzimmer, Eiche, weißlackiert, Nußbaum, Palisander, Kirschbaum, Mahagoni, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Schränke, Bettkästen usw. Große Auswahl, sehr preiswert. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7. Geschäftszeit 8—7. 1868

Musikinstrumente

Einzelpiele Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20.— Monatshonorar. Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 166. 1568

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. 1398

Bierling-Pianos, neue, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Rottbuserstr. 5. 756*

Fahrräder

Damenfahrräder, Herrenfahrräder, 385, Motorzweirad, 1300, Fahrradgummis, Zubehör preiswert. Kämmereit, Große Frankfurterstraße 14, Hof.

Kaufgesuche

Photoapparate, Prismengläser kauft Haller, Neue Königstraße 19c. 1804*

Platin, über Tagespreis, Bernstein, Platinkontakte, Gold, Silber in Bruch, auch in Barren, Quecksilber, Zahngebisse kauft zu den höchsten Preisen Adolf Friedländer, Kommandantenstraße 29 I, rechts.

Naturglimmer, Chromnickeldraht und andere Widerstandsdrähte kauft Schmidt, Antonstraße 3, Bahnhof Putlitzstraße. 1806D

Kriegsanleihe, Wertpapiere, Pfandscheine kauft, beleiht. Lange, Berlin, Oranienstraße 145.

Schallplatten, auch Bruch, höchstzahlend, Weißberger, Linienstraße 76. Norden 4614.

Alt Blei — Schriftenblei kauft Max Neumeyer, Ritterstraße 81. 1755b*

Schuhwaren, gut erhaltene Herren-, Damen- und Kinderschuhe, Halb- und Langschäfter, Lederjacken, Hosen, Bett- und Leibwäsche kauft zu höchsten Preisen Sporn, Hotel Riga, Mittelstr. 12/13, Zimmer 6.

Grammophonplatten, auch Bruch, kauft zu hohen Preisen Stephan, Neukölln, Jägerstraße 12, III. 38/5*

Kokosfl. Goldschmied, kauft über Tagespreise: Platin, Gold, Silberbruch, Unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenstraße 108. 1452*

Unterricht

Kaufmännische Privatschule Georg Grunow, Belle-Alliance-Straße 106. Schönschreiben, Maschinenschreiben, Stenographie, Buchführung, Rechnen, Schriftverkehr, Wechselkunde, Richtigschreiben. Anmeldungen jederzeit. 1058*

Tanzunterricht Karl Friedrich, Michaelkirchstr. 39. Anfängerkurse, Modetanzkurse, Einzelunterricht. 35/10*

Klavierkursus, Erwachsenen, Schnellmethode, Monatsspesen 12.—, Klavierüben frei. Musikakademie, Oranienstraße 63.

Verschiedenes

Rechtsrat! Prozeßführung, Berlinerstraße 102 (Hermannplatz).

Leihhaus Schöneberg, Sedanstraße 1, gegenüber Bahnhof, beleiht höchstzahlend alles. Stets Verkauf von Wertsachen. Stephan 3088. Richard Eichelmann. 101R*